

Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern: Studie zur Zuwanderung, Einbürgerung und sozialen Integration von Migranten

Schmidt, Peter; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt, P., & Weick, S. (1998). Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern: Studie zur Zuwanderung, Einbürgerung und sozialen Integration von Migranten. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 19, 1-5. <https://doi.org/10.15464/isi.19.1998.1-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern	1
Nichteheliche Lebensgemeinschaften in Deutschland - eheähnlich oder alternativ?	6
Tagung: Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß in Freiburg	9
Lebensbedingungen und Ungleichheit in Schweden 1975 - 1995 – Eine Buchbesprechung	10
Unterschiedliche Freizeitkulturen in Europa?	11
Institutionen und individuelle Wohlfahrt	15
Tagung: Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung	15
Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung	16

Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern

Studie zur Zuwanderung, Einbürgerung und sozialen Integration von Migranten

Die öffentliche Diskussion über Ausländer in Deutschland war in den letzten Jahren stark von gewaltsamen Übergriffen gegen Ausländer und Kriminalität durch Ausländer geprägt. Dadurch sind die umfassenden Veränderungen beim Anteil, der Zusammensetzung und der sozialen Integration von Ausländern bisher in der öffentlichen Diskussion kaum zur Kenntnis genommen worden. Veränderungen in diesem Bereich finden mehr oder weniger stark in allen europäischen Ländern statt. Für Deutschland stellt sich die Frage, wie die Integration weiter gestaltet wird. Dies betrifft insbesondere die zweite bzw. dritte Generation von Ausländern. Die anstehenden Entscheidungen betreffen das Staatsbürgerrecht, insbesondere die Einbürgerungsvoraussetzungen, aber auch Fragen der Chancengleichheit im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt sowie die politische Partizipation und das Wahlrecht. Wie die historische Erfahrung zeigt, kann das Nichtbeachten dieser Probleme früher oder später zu schweren gesellschaftlichen Konflikten führen.

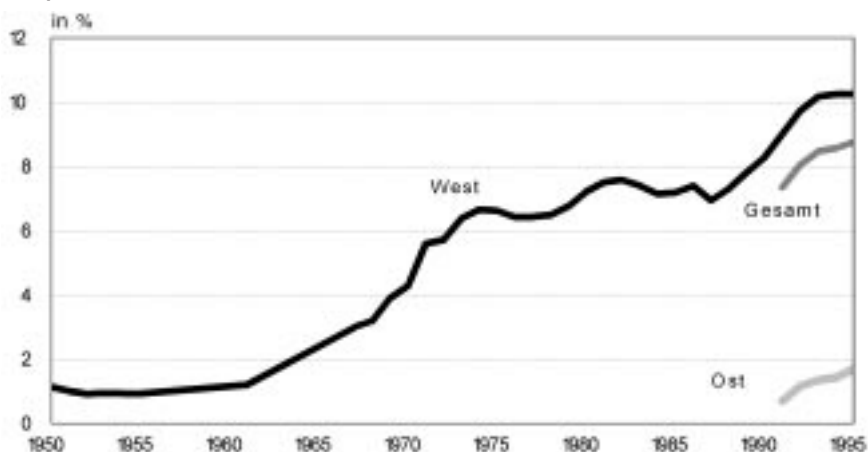
In diesem Beitrag werden Ergebnisse auf der Basis der amtlichen Statistik zum Ausländeranteil, zu Einbürgerungen und gemischtnationalen Eheschließungen in der Bundesrepublik durch Analysen sozialwissenschaftlicher Umfragen ergänzt. Dadurch können sowohl aus der Perspektive der deutschen, wie auch der ausländischen Bevölkerung Einschätzungen und Bewertungen zu Fragen der Zuwanderung und Eingliederung, der Dauer des Aufenthaltes und zu Kontakten zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen untersucht werden. Als Datenbasis für die deutsche Bevölkerung dient die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) der Jahre 1980 bis 1996. Weiterhin werden die Angaben der ausländischen Befragten im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) analysiert. Im SOEP liegt mit der Ausländerstichprobe (ab 1984) und der Zuwandererstichprobe (ab 1994) jährlich eine Datengrundlage vor, die es erlaubt, Ergebnisse auch für einzelne Nationalitäten disaggregiert auszuweisen.

Ausländeranteil wird überschätzt

Seit dem ersten Anwerbeabkommen für Gastarbeiter mit Italien im Jahr 1955, dem weitere im südeuropäischen Raum folgten, hat der Anteil der Ausländer in den alten Bundesländern erheblich zugenommen. Dieser Prozeß kam selbst mit dem abnehmenden Bedarf an Arbeitskräften nicht zum Stillstand. Nach dem Anwerbestopp 1973 zogen in größerem Umfang Familienangehörige nach, und eine steigende Zahl von Kindern ausländischer Eltern wurde in Deutschland geboren. Weiterhin hat auch die Zahl von Kriegsflüchtlings und Asylbewerbern erheblich zugenommen.

Quantitativ sind folgende Veränderungen zu erkennen: Während Anfang der fünfziger Jahre der Ausländeranteil in den alten Bundesländern noch bei etwa einem Prozent lag, waren es 1995 mehr als 10 Prozent (vgl. Graphik 1). Seit Ende der achtziger Jahre steigt die Ausländerquote wieder steiler an als die Jahre zu-

Graphik 1: Ausländeranteil in Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

vor. In Ostdeutschland lag der Ausländeranteil 1991 noch deutlich unter einem Prozent. Trotz steigender Tendenz lag 1995 der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern mit knapp 2 Prozent erheblich unter demjenigen der alten Bundesländer. Nicht nur zwischen den alten und neuen Bundesländern, sondern auch zwischen Stadt und Land sind diesbezüglich Unterschiede festzustellen. So ist vor allem in westdeutschen Großstädten der Anteil der ausländischen Bevölkerung besonders hoch. Ein Beispiel hierfür ist Frankfurt mit 29 Prozent Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung im Jahr 1995.

In der deutschen Bevölkerung sind die Kenntnisse über den Ausländeranteil eher ungenau. Von den deutschen Befragten im ALLBUS 1996 wird der Ausländeranteil deutlich überschätzt: Im Durchschnitt glauben Westdeutsche, daß der Ausländeranteil in den alten Bundesländern bei 17 Prozent läge. Befragte in den neuen Bundesländern geben durchschnittlich neun Prozent auf die Frage nach dem Ausländeranteil in Ostdeutschland an. Diese quantitative Überschätzung hängt sicherlich mit der starken Präsenz des Themenkomplexes „Ausländer“ in den Medien zusammen.

Vor allem Personen mit negativer Einstellung zu Ausländern neigen zu einer erhöhten Einschätzung des Ausländeranteils.

Aus Graphik 2 läßt sich erkennen, daß in der deutschen Bevölkerung Vorbehalte gegen bzw. Ablehnung eines weiteren Zuzugs auch stark mit unterschiedlichen Zuzugsgruppen variieren.

Tabelle 1: Bleibewunsch bei der ausländischen Bevölkerung

	1985	1995
Anteil der Personen, die für immer in Deutschland bleiben wollen:		
Herkunftsland:		
Türkei	25	47
Jugoslawien	37	58
Griechenland	15	31
Italien	39	54
Spanien	30	31

Frage: Wie lange wollen Sie in Deutschland bleiben? Ich möchte innerhalb der nächsten 12 Monate zurückgehen. Ich möchte noch einige Jahre bleiben. Ich möchte für immer in Deutschland bleiben.
Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

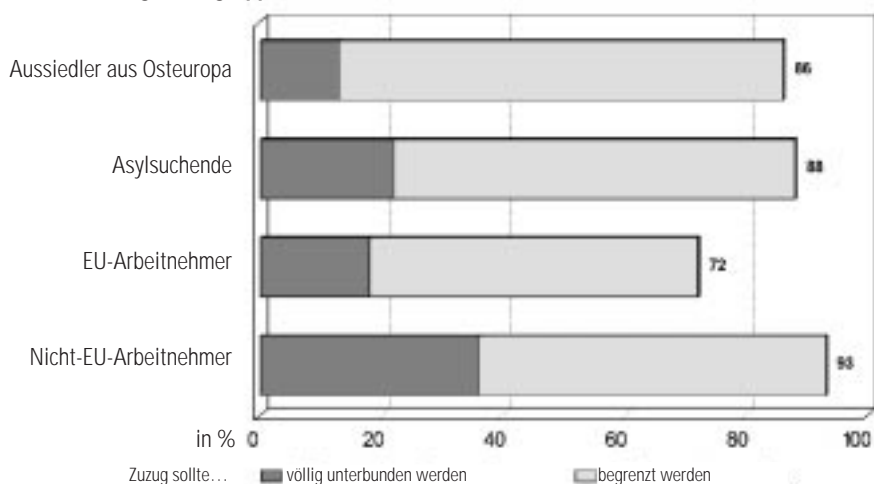
ren. Die stärksten Vorbehalte bestehen gegenüber der Gruppe der Nicht-EU-Arbeitnehmer. 36 Prozent der deutschen Befragten vertreten die Meinung, daß der Zuzug völlig unterbunden werden sollte, während noch 57 Prozent

antworten, daß der Zuzug für diese Gruppe begrenzt werden sollte. Nur 7 Prozent befürworten einen uneingeschränkten Zuzug. Bei den Asylsuchenden wollen 22 Prozent der Befragten den Zuzug völlig unterbinden und 66 Prozent den Zuzug begrenzen. Aber auch gegenüber den Aussiedlern vertreten 13 Prozent die Meinung, daß der Zuzug unterbunden werden sollte und weitere 73 Prozent waren der Meinung, daß der Zuzug begrenzt werden sollte. Die stärksten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten bei der Beurteilung des Zuzugs von EU- und Nicht-EU-Arbeitnehmern auf. Obwohl die Rechtslage sogar den freien Zuzug von EU-Arbeitnehmern gestattet, herrscht in der deutschen Bevölkerung die Einstellung vor, daß auch für diese Gruppe von Ausländern die Zuwanderung zumindest begrenzt werden sollte.

Aus Gastarbeitern wurden Einwanderer: Jeder Zweite will auf Dauer in Deutschland bleiben

Eine wichtige gesellschaftspolitische Frage ist darin zu sehen, ob Ausländer zu einem erheblichen Teil auf Dauer in Deutschland bleiben wollen oder ob eher die Absicht verbreitet ist,

Graphik 2: Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Zuzug verschiedener Migrantengruppen

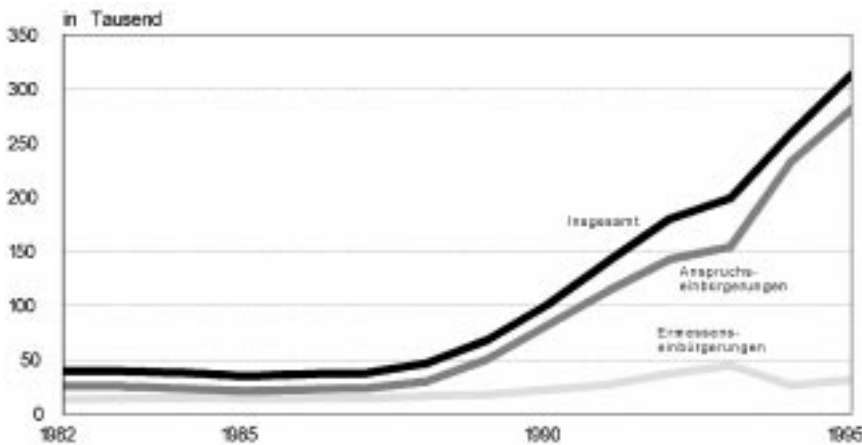


Datenbasis: ALLBUS '96

nur für einen begrenzten Zeitraum zu bleiben. Im Sozio-oekonomischen Panel 1985 gab jeweils die Mehrheit der Befragten aller Nationalitäten an, daß sie „noch einige Jahre“ in Deutschland bleiben wollten (vgl. Tabelle 1). Zehn Jahre später findet man deutliche Veränderungen hinsichtlich dieser Verhaltensabsicht. Mit Ausnahme der Spanier hat 1995 der Anteil derjenigen, die dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben wollen, erheblich zugenommen: Bei den Griechen hat er sich verdoppelt (31 Prozent) und bei den Türken nahezu auch (47 Prozent). Auch bei Jugoslawen und Italienern, unter denen bereits 1985 die Absicht zu bleiben weit verbreitet war, ist eine Zunahme zu beobachten. Damit wird deutlich, daß der Begriff „Gastarbeiter“ heute für die ausländische Bevölkerung der früheren Anwerbeländer nicht mehr zutreffend ist.

Kontrastiert werden diese Ergebnisse mit der Einstellung der Deutschen. Gemessen wird die Zustimmung zu der Aussage, ob man Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken sollte, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Sie findet im Osten Deutschlands weit mehr Zustimmung als im Westen. In Westdeutschland ist

Graphik 3: Einbürgerungen in Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

der Prozentsatz der Befürworter dieser Aussage von 1980 bis 1994 kontinuierlich von 52 Prozent auf 23 Prozent gesunken. 1996 hat sich jedoch die Zahl der Befürworter im Westen leicht auf 25 Prozent und im Osten stark auf 41 Prozent erhöht. In den neuen Bundesländern ist im Beobachtungszeitraum von 1994 bis 1996 eine Zunahme von 31 Prozent auf 41 Prozent zu beobachten. Die jüngste Entwicklung dürfte sowohl mit den steigenden objektiven Arbeitslosenzahlen als auch der stärkeren öffentlichen Thematisierung der Arbeitslosigkeit zu tun haben, da Ausländer auch zunehmend als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden.

Starke Zunahme der Einbürgerungen seit Ende der achtziger Jahre

Die rechtliche Gleichstellung mit der deutschen Bevölkerung berührt sehr unmittelbar die materielle Wohlfahrt und die Lebenschancen von Zuwanderern. In diesem Zusammenhang sind nicht nur Leistungen aus dem System der Sozialen Sicherung zu nennen, sondern auch die Sicherheit, auf Dauer bleiben zu können sowie ein passives oder auch aktives Wahlrecht auszuüben und somit auch an der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beteiligt zu sein. Nach geltendem Recht ist die Einbürgerung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, allerdings auch mit der Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft verbunden und setzt in der Regel einen langen Aufenthalt (15 Jahre) in Deutschland voraus. Nur junge Ausländer zwischen 16 und 23 Jahren haben bereits nach acht Jahren Aufenthalt oder sechs Jahren Schulbesuch einen Anspruch auf Einbürgerung.

Ein Blick auf die Zahl der Einbürgerungen seit Ende der achtziger Jahre macht hier erhebliche Veränderungen deutlich: Seit 1987 ist die Anzahl der Einbürgerungen von 37 810 auf 259 170 gestiegen (vgl. Graphik 3). Dieser Anstieg geht vor allem auf eine Zunahme der Anspruchseinsbürgerungen zurück. Betroffene sind in erster Linie deutschstämmige Aussiedler, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (Artikel 116 Abs. 1) sind. Erst seit Juli 1993

werden bei den Anspruchseinsbürgerungen - entsprechend den gesetzlichen Veränderungen - auch die Einbürgerungen von jungen Ausländern und Ausländern mit einem langen Aufenthalt in der Bundesrepublik (§85, §86 Ausländergesetz) erfaßt. Davor zählten diese Einbürgerungen zu den Ermessenseinsbürgerungen. Diese weisen einen erheblich geringeren Anstieg als die Anspruchseinsbürgerungen auf. Dennoch hat sich die Zahl zwischen 1989 und 1993 auf 44 950 mehr als verdoppelt. Nach der Novellierung des Ausländergesetzes nahm die Zahl der Ermessenseinsbürgerungen 1994 wieder ab - bei einem gleichzeitigen weiteren Anstieg der Anspruchseinsbürgerungen.

Hohe Akzeptanz einer doppelten Staatsbürgerschaft bei Ausländern

Ergebnisse des Mikrozensus 1996 zeigen, daß weniger als ein Prozent der deutschen Bevölkerung eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt. Es handelt sich dabei insbesondere um Zuwanderer aus osteuropäischen Ländern. Die Tendenz, die deutsche Staatsbürgerschaft unter gleichzeitiger Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft zu erlangen, ist bei den Ausländern

der verschiedenen Herkunftsländer unterschiedlich ausgeprägt. Aus den Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1994 geht hervor, daß 21 Prozent der türkischen Befragten und 37 Prozent der Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien „ganz sicher“ oder zumindest „wahrscheinlich“ beabsichtigen, innerhalb der nächsten zwei Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Bei Griechen, Italienern und Spaniern, also Personen, die aus Ländern der Europäischen Union stammen, lag der entsprechende Anteil unter zehn Prozent (vgl. Tabelle 2). Bei diesem Personenkreis ist anscheinend die Bereitschaft geringer, auf Bürgerrechte in der alten Heimat zu verzichten.

In der Öffentlichkeit wird die Problematik einer doppelten Staatsbürgerschaft kontrovers diskutiert. Hier wird die Fragestellung untersucht, welche Akzeptanz eine solche Möglichkeit in der ausländischen Bevölkerung findet. Ausländern wurde im Sozio-oekonomischen Panel zu diesem Thema folgende Frage gestellt: „Wenn es möglich wäre, außer Ihrer jetzigen Staatsbürgerschaft zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, würden Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen?“. Folgende Ergebnisse können hierzu festgehalten werden: Die Neigung, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, wäre bei den verschiedenen ethnischen Gruppen erheblich stärker, wenn man sie zusätzlich zur bisherigen erlangen könnte (vgl. Tabelle 3). Mehr als die Hälfte der türkischen und mehr als zwei Drittel der „jugoslawischen“ Befragten würden dann „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Eine Einbürgerung mit doppelter Staatsbürgerschaft findet demzufolge eine breite Akzeptanz in der ausländischen Bevölkerung.

Die Einstellung in der deutschen Bevölkerung hierzu ist gespalten, wobei die Ablehnung im Osten stärker ist als im Westen. Während in den alten Bundesländern 49 Prozent die doppelte Staatsbürgerschaft ablehnen und 40 Pro-

Tabelle 2: Neigung zur Einbürgerung bei der ausländischen Bevölkerung¹ (1994)

Herkunftsland:	Türkei	21
	Jugoslawien	37
	Griechenland	8
	Italien	7

Frage: Beabsichtigen Sie, innerhalb der nächsten zwei Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen? Ja, ganz sicher. Ja, wahrscheinlich. Eher unwahrscheinlich. Ganz sicher nicht.

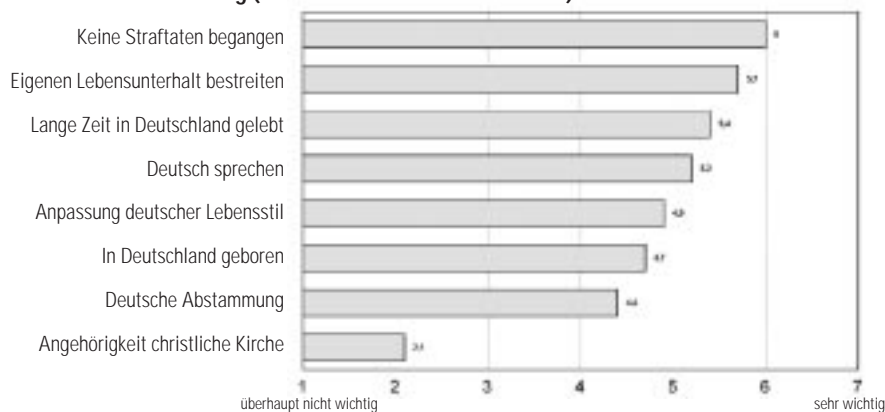
¹ Anteile 'Ja, ganz sicher / Ja, wahrscheinlich. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

Tabelle 3: Wunsch nach zusätzlicher deutscher Staatsbürgerschaft¹ (1994)

Herkunftsland:	Türkei	56
	Jugoslawien	71
	Griechenland	46
	Italien	36

Frage: Wenn es möglich wäre, außer Ihrer jetzigen Staatsbürgerschaft zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, würden Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen? Ja, ganz sicher. Ja, wahrscheinlich. Eher unwahrscheinlich. Ganz sicher nicht.

¹ Anteile 'Ja, ganz sicher / Ja, wahrscheinlich'. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

Graphik 4: Wichtigkeit verschiedener Einbürgerungskriterien in der deutschen Bevölkerung (Mittelwert auf Skala von 1 bis 7)

Datenbasis: Allbus '96

zent sie befürworten, wird sie in den neuen Bundesländern von 59 Prozent abgelehnt und von 28 Prozent befürwortet (ALLBUS 96). Die Stärke der Befürwortung hängt wesentlich vom Bildungsgrad, dem Alter und dem Ausländeranteil im Wahlkreis ab. Mit zunehmender Schulbildung, ansteigendem Prozentsatz der Ausländer im Wahlkreis der Befragten und sinkendem Alter nimmt die Akzeptanz zu. Eine doppelte Staatsbürgerschaft für diejenigen Ausländer, die in Deutschland geboren wurden, findet eine höhere Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung, wie eine Studie des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) von 1995 zeigt. Jüngere Befragte, Personen mit höherer Bildung und Frauen zeigen eine überdurchschnittliche Zustimmung. Ein wichtiges Problemfeld stellen auch Einbürgerungsvoraussetzungen aus der Sicht der deutschen Bevölkerung dar. Von den acht vorgegebenen Kriterien ist den Befragten in Ost und West die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche am unwichtigsten, während das Fehlen von Straftaten als wichtigste Voraussetzung gesehen wird (vgl. Graphik 4).

Nationale Identifikation mit dem Herkunftsland herrscht noch vor

Die weit verbreitete Absicht, auf Dauer in Deutschland zu bleiben, und auch die Attraktivität einer (zusätzlichen) deutschen Staatsbürgerschaft lassen die Frage nach der nationalen Identität der ausländischen Bevölkerung aufkommen. Obwohl „Nation“ ein schillernder Begriff ist, kann man annehmen, daß sich die nationale Identifikation auf die Wahrnehmung und das Verständnis bestimmter gemeinsamer Lebens- und Verhaltensweisen bezieht. Verwendet man die Fragen, wie sehr man sich als Deutscher bzw. als Angehöriger der Herkunftsnation (z.B. als Spanier) fühlt, als Indikator der nationalen Identifikation (vgl. hierzu Blank und Schmidt 1997) mit Deutschland bzw. dem Herkunftsland, kann man folgendes feststellen: Es überwiegt die Identifikation mit dem Herkunftsland, wenn auch seit 1985 mit abnehmender Tendenz (vgl. Tabelle 4). Am stärksten war sie bei der Befragung 1995 bei Spaniern und Türken ausgeprägt: 59 Prozent fühlten sich „ganz als Spanier“ und 56 Pro-

zent „ganz als Türke“. Bei Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien ist die Identifikation mit dem Herkunftsland am geringsten ausgeprägt. Eine geringe Identifikation mit Deutschland ist bei der ausländischen Bevölkerung weit verbreitet - so geben etwa zwei Drittel der türkischen und etwa die Hälfte der italie-

nischen Befragten an, daß sie sich „kaum“ oder „nicht“ als Deutsche fühlen. Der erfolgreiche Besuch einer deutschen Schule verstärkt die Identifikation mit Deutschland - eine abgeschlossene Schulausbildung im Ausland geht dagegen mit einer stärkeren Identifikation mit dem Herkunftsland einher.

Das Leben im Ausland kann spezifische Defizite des subjektiven Wohlbefindens mit sich bringen. Migranten fühlen sich häufig dem Herkunftsland entfremdet, aber auch im Gastland nicht voll integriert und empfinden eine kulturelle Distanz. Entsprechend ist ein Gefühl von Heimatlosigkeit bei der ausländischen Bevölkerung weit verbreitet (vgl. Tabelle 5). Nur ein Viertel aller ausländischen Befragten gibt an, daß bei ihnen „nie“ ein Gefühl von Heimatlosigkeit auftritt. Überwiegend tritt diese Stimmung aber selten auf. 1994 gaben zwischen 20 Prozent und 24 Prozent in den verschiedenen ethnischen Gruppen an, daß bei ihnen „sehr häufig“ oder „häufig“ ein Gefühl von Heimatlosigkeit auftritt. Gegenüber 1988 ist der Anteil nur bei türkischen Befragten rückläufig.

Tabelle 4: Empfinden bezüglich der eigenen/deutschen Nationalität in der ausländischen Bevölkerung

	1985	1995
Ich fühle mich ganz als...		
Türke	66	56
Jugoslawe	48	30
Griechen	68	43
Italiener	57	46
Spanier	54	59
Ich fühle mich kaum/nicht als Deutscher		
Türkei	71	67
Jugoslawien	48	48
Griechenland	69	47
Italien	61	51
Spanien	56	57

Frage: Wenn Menschen längere Zeit in Deutschland leben, können sich die ursprünglichen Beziehungen zu Spanien (...) verändern. Wie ist das bei Ihnen, da Sie hier in Deutschland leben? Wie sehr fühlen Sie sich als Deutscher? Ich fühle mich ganz als Deutscher. Ich fühle mich mehr als Deutscher. Ich fühle mich in manchen Beziehungen als Deutscher. Ich fühle mich kaum als Deutscher. Ich fühle mich nicht als Deutscher. / Ich fühle mich ganz als Spanier (...).

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

Tabelle 5: Heimatlosigkeit bei der ausländischen Bevölkerung¹

	1988	1994
Türkei	28	20
Jugoslawien	16	23
Griechenland	19	24
Italien	20	22
Spanien	19	23

Wenn man als Ausländer in Deutschland lebt, kann mit der Zeit ein gewisses Gefühl der Heimatlosigkeit auftreten. Man fühlt sich weder als Spanier (...) noch als Deutscher; man sitzt sozusagen zwischen zwei Stühlen, ohne irgendwo so richtig dazuzugehören. Haben Sie auch solche Gefühle? Das kommt sehr häufig vor. Das kommt häufig vor. Das kommt hin und wieder vor. Das kommt selten vor. Das kommt nie vor.

¹ Anteile 'sehr häufig/häufig'. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

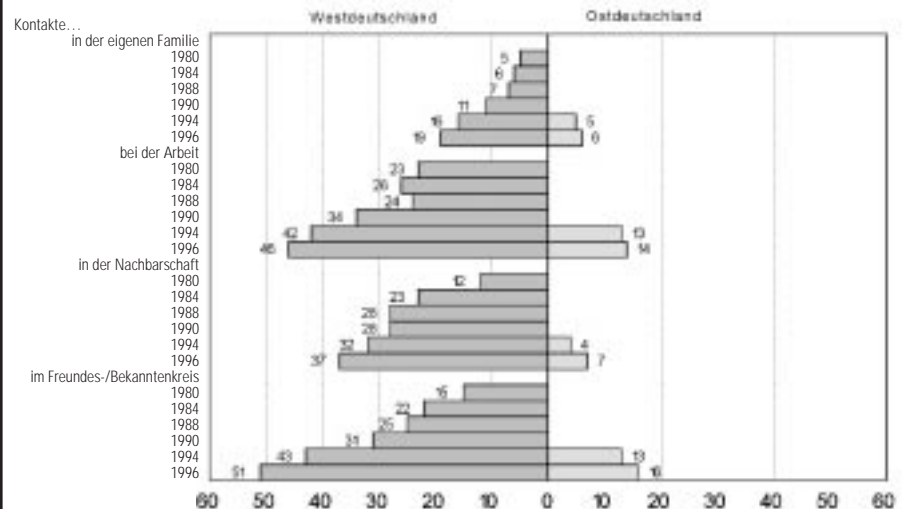
Zunehmende soziale Integration von Ausländern

Für die gesellschaftliche Integration ist es wichtig, daß die verschiedenen sozialen Gruppen und Segmente nicht isoliert voneinander leben. Freiwillige Kontakte und vor allem auch Partnerschaften und Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern sind deshalb wichtige Indikatoren der gesellschaftlichen Integration. Während die ausländische Bevölkerung in den verschiedenen Untersuchungsjahren zu etwa 90 Prozent Kontakte zu Deutschen hatte, trifft dies für die deutsche Bevölkerung nicht im gleichen Umfang zu - allerdings sind hier erhebliche Veränderungen im Untersuchungszeitraum zu erkennen.

Seit 1980 sind die Kontakte der Westdeutschen mit Ausländern in der eigenen Familie, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft und im Freundeskreis angewachsen (vgl. Graphik 5). Während 1980 5 Prozent in der eigenen Familie mit Ausländern Kontakt haben, sind es 1996 schon 19 Prozent. Die Kontakte mit Ausländern bei der Arbeit wuchsen von 23 Prozent auf 46 Prozent. Die Kontakte in der Nachbarschaft von 12 Prozent auf 37 Prozent. Besonders auffällig ist die Veränderung der Kontakte im Freundeskreis. Sie stiegen von 15 Prozent auf 51 Prozent, d.h., jeder zweite Deutsche hat einen Ausländer im Freundeskreis. Die entsprechenden Anteile für den Osten sind erwartungsgemäß wesentlich niedriger, da die Gelegenheiten zu entsprechenden Kontakten bei dem geringen Ausländeranteil in den neuen Bundesländern begrenzt sind.

Bei Eheschließungen handelt es sich um besonders enge soziale Kontakte, die meist auch die weitere Familie einbeziehen und von einem hohen Maß an Verbindlichkeit gekennzeichnet sind. Seit den sechziger Jahren heiraten immer mehr Deutsche ausländische Partner. Hier zeigt sich deutlich die enge Verbindung von deutscher und ausländischer Bevölkerung in der Bundesrepublik. Während zunächst (1960) mehr Frauen einen ausländischen Mann heirateten, schlossen 1996 bereits

Graphik 5: Persönlicher Kontakt zu in Deutschland lebenden Ausländern¹ in verschiedenen Lebensbereichen (in Prozent)



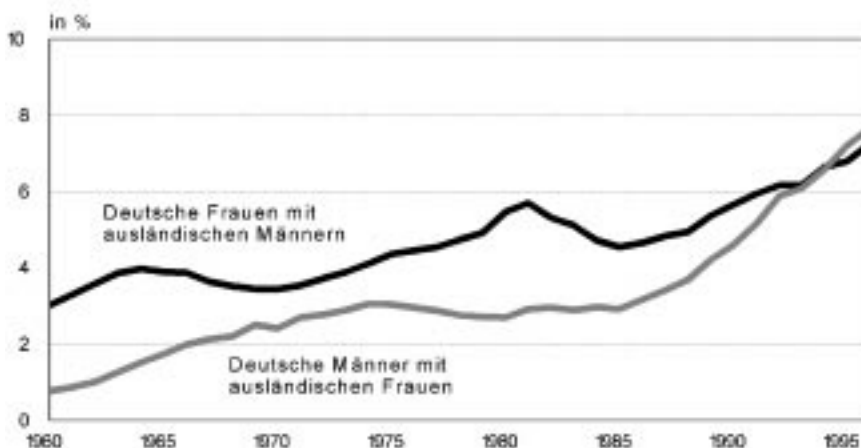
1) Frageformulierung bis 1990 „Gastarbeiter“ ab 1994 „Ausländer“. Datenbasis: ALLBUS '80-'96

mehr deutsche Männer mit einer ausländischen Frau eine Ehe (7,7 Prozent). Betrachtet man Ehe und Partnerschaft anhand der Daten des ALLBUS 96, so bestätigt sich die Bedeutung von gemischtnationalen Kontakten insbesondere in den jüngeren Altersgruppen: 11 Prozent der deutschen Befragten zwischen 18 und 44 Jahren mit Lebens- oder Ehepartner in den alten Bundesländern haben einen ausländischen Partner. Bei denjenigen, die seit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, sind es in dieser Altersgruppe immerhin noch mehr als 7 Prozent.

Bei den vielfältigen Verbindungen zwischen Deutschen und Ausländern kann man feststellen, daß in der deutschen Bevölkerung bei der Akzeptanz von Kontakten, Partnerschaften und vor allem Eheschließungen in der eigenen Familie erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Ausländern und Zuwanderern bestehen. Am größten sind die Vorbehalte gegenüber Asylbewerbern, gefolgt von Türken, während sie z.B. gegenüber Italienern deutlich geringer sind. Extreme Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, wie sie z. B. besonders drastisch im

ehemaligen Jugoslawien aufgetreten sind, liegen in der Bundesrepublik allerdings nicht vor. Die Erfahrungen aus den USA zeigen jedoch, daß die Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung, ihre relativ geringen Kontakte mit anderen ethnischen Gruppen und die Segregation der Wohnquartiere zu den schwerwiegendsten sozialen Problemen in der amerikanischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert geführt hat. In der Bundesrepublik ist die Gewalt gegen Ausländer, wie sie in den Medien in Erscheinung tritt, nur Minderheiten in der deutschen Bevölkerung zuzurechnen. Auch gewaltsame Aktionen von Ausländern, wie z.B. die Autobahnbesetzungen durch Kurden, sind bisher Ausnahmen gewesen. Wenn jedoch die zweite und dritte Generation von Ausländern weder die deutsche Staatsbürgerschaft hat, noch sich dem Heimatland der Eltern verbunden fühlt und in der deutschen Gesellschaft auch nicht integriert ist, könnte ein Potential für Gewalt entstehen. Aus diesem Grund ist eine vorausschauende Politik, die sich mit der Integration der Ausländer auseinandersetzt, langfristig notwendig.

Graphik 6: Anteil der Eheschließungen von Deutschen mit Ausländern



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Blank, T.; Schmidt, P., 1997: *Konstruktiver Patriotismus im vereinigten Deutschland*. In: Mummendey A.; Simon, Bernd (Hrsg.) *Identität und Verschiedenheit*. Bern.

Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), 1995: *Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995 in Deutschland*. Mannheim.

Koch, A.; Wasmer M., 1997: *Einstellungen der Deutschen gegenüber verschiedenen Zuwanderergruppen*. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 1997*. Bonn.

Weick, S., 1997: *Zuwanderer in Deutschland optimistisch. Untersuchung zu Lebensbedingungen, Integration und Zufriedenheit bei Migranten*. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 16.

■ Peter Schmidt und Stefan Weick, ZUMA
Tel.: 0621/1246-153 und -245